Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 2.Januar 1932.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Gefährdung der Reichseinheit?

Von Dr. Wilhelm Hoegner, M.d.R.

SPD. Die nationalsozialistische Bewegung hat in den letzten Jahren ihr Schwergewicht nach Norddeutschland verlegt. Dort winken ihr noch ungeahnte Möglichkeiten, im Süden des Reiches dagegen, vor allem in Bayern, hat sie bei den Septemberwahlen von 1930 so ziemlich ihre natürlichen Grenzen erreicht. Offensichtlich denkt Hitler nicht mehr daran, wie im Jahre 1923 den Marsch auf Berlin von Bayern aus zu beginnen. Die Entscheidung darüber, ob die deutsche parlamentarische Demokratie von einer offenen oder verschleierten faschistischen Diktatur abgelöst werden soll, wird also voraussichtlich in Preussen fallen.

Die Umgruppierung der nationalsozialistischen Kräfte ruft im Süden und Westen des Reiches Gedankengänge wach, die einen etwaigen Sieg des Nationalsozialismus in Norddeutschland als schwerste Gefährdung der Reichseinheit erscheinen lassen. An sich sind die Bestrebungen, unter Umständen den deutschen Süden vom Norden - vermeintlich - zeitweilig zu trennen, nicht neu. Als man in den Jahren 1919/20 eine Bolschewisierung Norddeutschlands vielfach für unvermeidlich hielt, sprachen ernsthafte bayerische Politiker in aller Öffentlichkeit davon, Bayern müsse sich vom Reich "abkapseln", "das gesunde Glied vom kranken abschnüren" und für die Wiedervereinigung bessere Zeiten abwarten. Heut werden unter dem Eindruck des angekündigten nationalsozialistischen Schreckensregiments in Bayern und auch im Rheinlande wieder ähnliche Erwägungen angestellt. Zunächst machen sich gewisse monarchistische Verschwörer, die seit der in Lächerlichkeit versunkenen Statthalterschaft des Herrn von Kahr für Rupprecht von Wittelsbach im Herbst 1923 unter der Decke arbeiten mussten, die wachsende Gegenstimmung gegen den Nationalsozialismus zu Nutz. Sie empfehlen sich laut und lauter als Gegengift gegen den nationalsozialistischen Massenwahn. Nach ihrer Beweisführung kann nur durch Ausrufung der Monarchie oder mindestens der Staatspräsidentenschaft für einen Wittelsbacher die nationalsozialistische Herrschaft ohne Blutvergiessen von Bayern ferngehalten werden. Nur in diesem Falle würden angeblich die nationalistischen Offiziere, ebenso wie die Mehrzahl der sonstigen Mitglieder der nationalen Wehrverbände, "eingedenk ihres Fahneneides" aus der Hugenberg-Hitler-Front herauszubringen sein. Im Volke würde die Erinnerung an die guten alten Zeiten der ehemals volkstümlichen bayerischen Monarchie sich als stärker erweisen, als der Wunderglaube ans Dritte Reich. Die Monarchisten rechnen auch mit der hitlerfeindlichen Einstellung der katholischen Geistlichkeit, die im Nationalsozialismus norddeutscher Prägung eine rein protestantische Bewegung erblickt. Sie weisen darauf hin, dass gerade die betonte Einstellung gegen die "schwarze Internationale" der Hitlerbewegung im norddeutschen Bürgertum so starken Anhang verschafft hat und dass infolgedessen unter einer nationalsozialistischen Diktatur die deutschen Katholiken wieder zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabgedrückt würden. Von der bayerischen Arbeiterschaft fürchten sie keine starke Gegenwirkung,

weil diese, vor die Wahl gestellt, unter dem nationalsozialistischen Gewaltsystem zugrundegehen oder unter der Monarchie als "loyale Opposition Seiner Majestät" für die Verbesserung ihrer Lage wirken zu dürfen, lieber die Monarchie über sich ergehen lassen würde.

Man braucht derartige politische Treibereien, bei denen vielfach der Wunsch der Vater des Gedankens ist, nicht zu überschätzen. Tatsache ist aber, dass auch verantwortliche süddeutsche Politiker sich angesichts der Lauheit der Reichsregierung in der Bekämpfung der nationalsozialistischen Umtriebe über die mögliche Entwicklung in Norddeutschland Sorgen zu machen beginnen. In diesen Kreisen nimmt man an, dass der Nationalsozialismus im republikanischen Preussen sich nur nach blutigen Kämpfen in den Besitz der Macht setzen könnte. Im Falle eines Bürgerkriegs würden aber die süddeutschen Staaten vor schwerste Entscheidungen gestellt.

Besonders bedenklich stimmen zuverlässige Meldungen aus dem Rheinland, dass sich dort wieder der Separatismus zu regen beginnt. Schon im Jahre 1923 hatten die Separatisten und ihre französischen Hintermänner ihre grössten Hoffnungen auf die - Hitlerbewegung gesetzt. Nach einer amtlichen Mitteilung des bayerischen Regierungs-Vizepräsidenten der Pfalz vom 10.November 1923 waren di französischen Generale in Speyer sehr enttäuscht, als ihnen ein bayerischer Regierungsbeamter auf das bestimmteste versicherte, dass der Hitlerputsch in München gescheitert sei. Die französisch-belgischen Truppen am Rhein hatten damals nach einer Äusserung des Generals de Ravinée auf den Befehl gewartet die Mainlinie zu besetzen. Gewiss steht heute das amtliche Frankreich nicht mehr auf dem Standpunkt des französischen Verhandlungsplanes für die Versailler Friedenskonferenz "die Unstimmigkeiten der Länder, aus denen Deutschland besteht, zu fördern". Aber die Gelegenheit hat auch in der Politik schon oft Diebe gemacht. Auch heute könnte der Versuch der Einrichtung einer Hitlerdiktatur in Deutschland einem nationalistischen Frankreich wiederum den Vorwand zu Sicherungsmassnahmen gegen Deutschland liefern. Dann hätte eine Politik, die es mit ihrer angeblich nationalen Grundrichtung für vereinbar hält, wiederholt den verantwortlichen Leitern der deutschen Aussenpolitik in den Rücken zu fallen und aus Machtgier die Zukunft des deutschen Volkes aufs Spiel zu setzen das erzielt, was bisher den schlimmsten Feinden Deutschlands nicht gelungen ist.

Die deutsche Republik ist nach 1918 mit separatistischen Bestrebungen im Westen und Süden des Reiches mehr als einmal fertig geworden. Das kostbarste Gut des deutschen Volkes, seine unter unsäglichen Mühen erkämpfte Einheit, ist uns bis heute erhalten geblieben. Wir Sozialdemokraten wissen, dass durch eine Zersplitterung des Reiches auch das wirtschaftliche Gedeihen der deutschen Arbeiterschaft, ihre stolzen Organisationen, ihre Zukunftshoffnungen in Frage gestellt wären. Wir bekämpfen eine faschistische Gewaltdiktatur ebenso, wie eine monarchistische Restauration, die auf leisen Sohlen ihre eigensüchtigen Pfade schleicht. Aber gerade weil wir nach einem Ausspruch der Pariser L'Action Francaise von 1923 "die besten Verteidiger der deutschen Einheit" sind, haben wir angesichts der aussenpolitischen Schwierigkeiten ein Recht darauf von der Reichsregierung endlich Taten gegen die nationalsozialistischen Zerstörer des Reichsgedankens zu fordern.

Dieser Tage erst hat ein katholisches Blatt, die hochangesehene "Augsburger Postzeitung" geschrieben: "Der Kampf gegen Hitler ist der Kampf für den deutschen Rhein!" In der Tat ist der Nationalsozialismus aus einer Gefahr für die Staatsform zu einer Gefahr für den Bestand des Reiches geworden. Für Deutschland reifen grösste Entscheidungen heran. Möge der Reichskanzler Brüning sich in diesen Tagen das Wort Turgots an Ludwig XVI. vor Augen halten: "Gedenket, dass es Schwäche gewesen ist, die Karls I. Haupt auf das Schaffott gebracht hat".

SPD. Aachen, 2.Januar (Eig.Drahtb.)

Die von den Kommunisten auch im Wurm-Revier propagierte Generalstreikparole ist auf keiner Zeche befolgt worden. Es kam lediglich vor einzelnen Zechentoren zu Ansammlungen, die überall von der Polizei ohne Zwischenfall zerstreut werden konnten.

SPD. In der Berliner "Welt am Montag" befasst sich Dr. Rudolf Hilferding in einem eingehenden Artikel mit der "Weltkrise und Weltpolitik 1931/32". Hilferding berechnet zunächst, dass das Krisenjahr 1931 Deutschland allein 16 - 26 Milliarden Mark gekostet hat. Er fährt dann fort:

"Der Rückgang des deutschen Volkseinkommens ist stärker und umfassender als je in einer vorhergehenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Das Einkommen der Beamten, der Rentner, der Landwirtschaft, die sonst während einer industriellen Krise wenig berührt werden, ist in stärkstem Masse verringert. Dazu kommt der fürchterliche Druck auf das Arbeitseinkommen durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnsenkung. Im zweiten Halbjahr 1931 dürfte das Einkommen der Industriearbeiterschaft nur noch etwa 60 Prozent seines Umfangs vom Jahre 1929 betragen haben. Das gesamte Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist von seinem Höhepunkt im Jahre 1929 um 9 bis 10 Milliarden Reichsmark oder um ein Fünftel bis ein Viertel zurückgegangen, nämlich von 43 auf rund 33 Milliarden Reichsmark! Das sind die Zahlen der deutschen Krise. Und was kostet die Weltkrise? Darüber sind genauere zusammenfassende Angaben kaum vorhanden. Aber man kann eine annähernde Vorstellung gewinnen, wenn man den Erwägungen des bekannten Statistikers Woytinsky folgt. Auf Deutschland entfallen 20 bis 25 Prozent des gesamten Arbeitslosenheeres der Welt. Danach könnte man annehmen, da die nochkapitalistischen Länder mit dem höchsten Lohn und dem höchsten Wert der Produktion am stärksten betroffen sind, dass vom Herbst 1929 bis Ende 1931 ein Produktionsausfall von etwa 120 bis 130 Milliarden Reichsmark entstanden ist!"

Aus dieser Situation schlussfolgert Hilferding wie folgt: "Am 18.Januar treten die Regierungen in Lausanne zur Behandlung der Reparationsfragen zusammen. Rein zahlenmässig nicht das grösste der ui lösenden Probleme, politisch-psychologisch dagegen die Vorbedingung für die Lösung aller. Die ökonomischen Elemente sind gegeben, im Bericht von Basel nachmals dargestellt in einer eindringlichen Diagnose, der leider die therapeutische Folgerung, weil sie eben eine politische und nicht eine ökonomisch-fachwissenschaftliche Entscheidung erheischt, nicht angefügt ist. Dass Deutschland während der Krise nicht zahlungsfähig ist, kann niemand bezweifeln. Aber wie es später wird, wenn die Krise vorüber ist, danach fragen die französischen Gläubiger. Falsche Fragestellung! Denn damit die Krise überwunden werde, muss das politische Vertrauen gegeben, muss die deutsch-französische Verständigung erfolgt sein. Kriegsschulden und Reparationen sind das politische Hindernis. Bleibt es bestehen, so bleibt das Misstrauen: bleibt das Misstrauen, so ist die Vereinbarung zwischen den deutschen Privatschuldnern und den Gläubigern gefährdet und damit die unerlässliche Vorbedingung für die Wiederherstellung der deutschen Kreditfähigkeit. Ohne diese aber kein Ende der englischen Kredit- und Währungskrise, deren Beendigung wieder die Voraussetzung des Funktionierens der Kapitalmärkte und der Ueberwindung der Währungswirren sowie der internationalen Handelshemmungen, dieser unmittelbarsten und grössten Gefahr, ist.

Ungeheuer erschwert wird die Lösung durch die Haltung des amerikanischen Kongresses, in dem die Schuldenstreichung auf stärksten Widerstand stösst. Aber England ist fast in der gleichen Lage wie Deutschland: zahlt Deutschland nicht an England, so kann England die bisher empfangenen Summen nicht aus eigenen Mitteln an die Vereinigten Staaten zurückzahlen: eine Einigung der europäischen Schuldner gegen den amerikanischen Gläubiger setzt aber wieder die

deutsch-französische Verständigung voraus. Hatte schon bisher die Reparationsfrage die Krise gesteigert, der ganzen Welt das Vielfache ihres Betrages an Verlusten gekostet, so ist sie jetzt zur Schicksalsfrage der Weltpolitik und Weltwirtschaft geworden. Zwei Wochen vor dem Zusammentreten der Konferenz der Regierungen ist die Lösung noch nicht sichtbar. Und doch wird sie gefunden werden müssen. Denn es steht diesmal wirklich alles auf dem Spiel.

Der augenblickliche Zustand ist schlimmer als in den Jahren 1919 bis 1924 Damals war das Bewusstsein allgemein, dass die Bedingung für die Wiederherstellung der Weltwirtschaft die Ordnung der Währung, die Wiederingangsetzung des Welthandels sein müssen, und alle Anstrengungen waren darauf gerichtet. Jetzt glaubt man, in der Preisgabe der Währungen, in der Zwangsbewirtschaftung der Devisen einen Ausweg zu finden. Damals belebte die Nachfrage nach Konsumgütern die Neuerrichtung des Produktionsapparats, die Wiederherstelluug der Kreditbeziehungen die kapitalistische Wirtschaft. Jetzt hat die ökonomische Krise den Höhepunkt erreicht und die Politik droht, jede Heilung zu verhindern

Aber die Drphung richtet sich gegen sie selbst. Die Regierungen haben diesmal nur die Wahl, Ärzte oder Totengräber zu sein. Haben sie eine Wahl? Das Jahr 1932 wird die Antwort darauf geben."

SPD. Aachen, 2.Januar (Eig.Drahtb.)

In der Neujahrsnacht wurde vor der Haustür des Gemeinderentmeisters von Brandt ein Paket mit Sprengstoff und mehreren scharfen Patronen niedergelegt. Da die Zündschnur durch irgend einen Umstand nicht weiterbrannte, kam es glücklicherweise nicht zur Explosion. Vorläufig steht noch nicht fest, ob die Tat politischen Charakter trägt oder als Racheakt zu betrachten ist.

SPD. Einige Kommunisten haben während der Neujahrsrede des Reichspräsidenten im Rundfunk einen technischen Zauber veranstaltet. Sie haben sich in das Uebertragungskabel eingeschaltet und die Präsidentenrede mit einer kommunistischen Agitationsrede überschrieen. Der Inhalt der kommunistischen Agitationsrede hat dem technischen Aufwand nicht im mindesten entsprochen. Es waren dumme kraftmeiernde Agitationsphrasen vom Massenstreik, von Rotfront und Sowjetdeutschland. Das war alles, was die Kommunisten in das Mikrophon zu rufen wussten, nachdem sie sich einmal auf einem Schleichwege die Verfügung über den stärksten deutschen Sender zeitweilig verschafft hatten. Wer nur solche Phrasen dem Volke darbietet, der hat ihm wirklich nichts zu sagen! Es sieht in Deutschland nicht so aus, als ob der politische Massenstreik für Sowjetdeutschland eine kommunistische Gegenwartsparole sei, die von führenden Kommunisten selbst ernst genommen werden könnte.

In der Tat hatte sich die Kommunistische Partei wohlweislich geduckt. Sie ist von den unsinnigen Mordtaten auf den Strassen abgerückt, die auf das Konto ihrer Anhänger kommen. Das laute Agitationsgeschrei ihrer kleinen und kleinster Agitatoren entspricht durchaus nicht einem besonderen Kraftgefühl in der Leitung der Partei und in der Partei selbst. Sie schreien nur so laut, weil sie wissen, dass sie ferner als je vom Ziel ihrer Einbildungen sind! Eine Partei, die mit Stolz und Kraftgefühl glauben könnte, nach der Macht in Deutschland zu greifen und einen revolutionären Streich zu wagen, hätte entschieden eine würdigere und eindrucksvollere Kundgebung zustande gebracht als jene öden Schlagworte, die auf Schleichwegen zum Deutschlandsender geschmuggelt wurden. Eine Partei voll Kraft hätte es nicht nötig gehabt, zu diesem technischen Zauber zu greifen! In die Kabelbrunnen zu kriechen, wenn man das Volk sucht - das ist vielmehr die Methode von Sektierern und von Verschwärerklubs, die verzweifelt von Reklamemitteln suchen, um sich in den Mund der Leute zu bringen.

Diese Methoden entsprechen wahrhaftig nicht der wahren Stimmung der Arbeiterkreise, die hinter der Kommunistischen Partei stehen! Sie sind Mittel einer Lausbubenpolitik, und nichts anderes als Lausbubenpolitik ist es, wenn die Kommunistische Partei versucht hat, im westlichen Industriegebiet einen politischen Massenstreik zu inszenieren. Und eine gefährliche Lausbubenpolitik dazu! Denn sie hat nicht nur die Parole des Massenstreiks ausgegeben, sie hat vielmehr dazu schwarz auf weiss unsinnige Projekte ausgearbeitet, wie sie kein nationalsozialistischer Lockspitzel zum Gebrauche gegen die Kommunistische Partei besser hätte fabrizieren können. Die Massenstreikparole ist selbstverständlich ebenso verpufft wie die kommunistischen Agitationsphrasen im Rundfunk verpufft sind. Der gesunde Sinn der deutschen Arbeiter lehnt es ab, im gegenwärtigen Augenblick den Faschisten auch noch in die Hände zu arbeiten und ihnen den Anlass zu geben, auf den sie warten. Mögen sich die Agitatoren der Kommunistischen Partei, mögen sich ihre Lausbuben noch so sehr anstrengen, sie bekommen niemand für die Durchführung ihrer blödsinnigen und verbrecherischen Projekte!

Von einer Partei, die zu solchen Mitteln greift, ist Ernstes im Kampfe gegen den Faschismus nicht zu erwarten. Wie könnte auch die Kommunistische Partei ernsthaft den Faschismus bekämpfen, nachdem sie mit den Faschisten gemeinsame Sache gemacht hat, als die Front der Harzburger den Ansturm auf Preussen unternahm, und mit denen sie jetzt wieder in gleicher Situation in Sachsen gemeinsame Sache macht. Wenn die ganze Weisheit der Kommunisten darin besteht, den Faschisten in den Sattel helfen zu wollen, so könnten sie sich gleich als Unterorganisation bei den Faschisten anmelden!

Ihr politisches Handeln liegt in dieser Richtung. Wenn am Montag der Weihnachtsfrieden zu Ende ist und wieder volle Freiheit für öffentlich-politische Versammlungen besteht, so wird jeder klassenbewusste Arbeiter der festen Ueberzeugung sein, dass nunmehr die Waffe der öffentlichen Propaganda gegen den Faschismus gerichtet werden muss. Die Kommunistische Partei hat einen Versammlungsfeldzug vorbereitet, der am 4.Januar beginnen soll. Dieser Feldzug aber richtet sich nicht gegen Hitler, sondern vielmehr gegen die Eiserne Front! Während sich in der Eisernen Front die Arbeiterschaft sammelt, um einen unübersteiglichen Wall der faschistischen Flut in den Weg zu stellen, wirkt die kommunistische Partei als Hilfstruppe des Faschismus im Rücken der Eisernen Front.

Sie führen das Wort "Einheitsfront" im Munde, aber die wahre Einheitsfront, die sie wollen, ist die Einheitsfront mit den faschistischen Gegnern der klassenbewussten Arbeiterschaft! So war es in Preussen, so ist es in Sachsen, so soll es jetzt in ganz Deutschland sein! Das ist nicht mehr Politik, das ist verächtliches politisches Abenteurertum, das den Feinden der Arbeiterschaft in die Hände arbeitet. Das ist der Hass von Putschisten und Verschwörern, von wurzellosen Berufsrevolutionären gegenüber der gewaltigen, geschlossenen, disziplinierten, organisatorischen Kraft der ernsthaften sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung. Sie können mit Hilfe eines technischen Zaubers hohle Agitationsphrasen als Zwischenrufe zu einer amtlichen Rede zustande bringen - für den ernsthaften politischen Kampf aber scheiden sie aus!

SPD. Darmstadt, 2.Januar (Eig.Drahtb.)

Die nationalsozialistische Fraktion hat jetzt im Hessischen Landtag die zwölf Agitationsforderungen, die sie kürzlich dem Zentrum als Regierungsprogramm übermittelte, in Form von Anträgen eingebracht. Danach soll der Landtag beschliessen, dass in Zukunft nur ein Minister amtiert. Allerdings ist die Forderung der Nationalsozialisten gegenüber dem Zentrum, dass dieser eine Minister ein Nationalsozialist sein soll, in dem Antrag nicht enthalten. Ausserdem fordern die Nationalsozialisten die Aufhebung der Hessischen Gesandt-

schaft in Berlin und die Streichung sämtlicher Staatsratsstellen. Ferner soll die im Staatsverlag erscheinende "Darmstädter Zeitung", das jetzige Regierungsorgan, ihr Erscheinen einstellen.

Die Nazis hoffen, dass ihre Steigbügelhalter, die Kommunisten, für ihre Anträge stimmen werden und sie damit eine Mehrheit erhalten.

SPD. Breslau, 2.Januar (Eig.Drahtb.)

Dieser Tage war in der Nazi-Presse ein Jahrestätigkeitsbericht der Gauleitung Schlesien der NSDAP zu lesen. U.a. hiess es dort: "Alle die Arbeit, der wunderbare Erfolg konnte nur geschaffen werden, weil die schlesische Parteigenossenschaft in Treue, Liebe und engster Verbundenheit zu ihrem Gauleiter Helmuth Brückner steht!"

Dieser Satz mit dem vieldeutigen Wort "Liebe" hat die "Schlesische Bergwacht" in Waldenburg zu folgenden ironischen Auslassungen veranlasst :

"Liebe unter Nationalsozialisten ist etwas anrüchig geworden, seitdem der Reichsjugendleiter des Hakenkreuzes, Hauptmann a.D. Röhm, mit dem Paragraphen 175 in Konflikt geraten ist. Die jungen Leute, die er liebte, waren mit dieser nationalsozialistischen Erneuerung der Gefühle nicht immer einverstanden. Das hindert allerdings nicht, dass Röhm weiter hoher Würdenträger im Nazilager ist. Der Gauleiter Helmut Brückner ist wegen Vorkommnissen, die auf eine gewisse Seelenverwandtschaft mit Röhm schliessen lassen, bereits einmal vor den Reichs-"Uschla" der Nationalsozialistischen Partei zitiert worden. Er hat vor diesem "Untersuchungsausschuss" bekundet, sich bei einzelnen ihm zur Last gelegten Vorkommnissen "nichts gedacht zu haben". Es wurden dort auch sehr belastende Briefe von jungen Leuten, die mit ihm offenbar in Beziehungen standen, verlesen. Dr. Rosikat, Breslau, Brunnenstrasse 6, hat mehrfach in der NSDAP Beschuldigungen erhoben, die Brückner mit dem Paragraphen 175 in Verbindung brachten. Pg. Alfred Kegel, Breslau, Gottschallstrasse 13, der mit Brückner jahrelang befreundet war, könnte sicherlich interessante Einzelheiten über die Veranlagung des "in stiller Arbeit unermüdlich tätigen" Helmut Brückner erzählen."

SPD. Tokio, 2.Januar (Eig.Drahtb.)

Aus Mukden wird gemeldet, dass das Gros der japanischen Brigade des Generals Kamura am Sonnabend-Nachmittag in Tschintschau eingerückt ist. Die Koreanische Division des Generals Muro wurde mit der Bewachung der Eisenbahnlinie Tschintschau-Tschangkaikwan beauftragt, während die Zweiglinien von Tschintschau nach Kupangtse und von Kupangtse nach Mukden von der Division des Generals Tamon bezw. der Brigade des Generals Murai bewacht werden sollen.

SPD. Paris, 2.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Wollkämmereien von Roubaix-Tourcoing hatten vor Weihnachten angekündigt, dass vom 4.Januar ab eine Lohnsenkung von 10 % vorgenommen würde. Darauf hin fanden Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Vertretern der Textilarbeitergewerkschaften statt, deren negatives Ergebnis den Arbeitern am Sonnabend in einer Generalversammlung mitgeteilt worden ist. Verschiedene Redner wandten sich energisch gegen die Lohnsenkung. Die Versammlung nahm jedoch eine Entschliessung an, in der es heisst, dass die Arbeiter gezwungen seien, augenblicklich die Forderungen der Arbeitgeber anzunehmen, dass sie sich aber am Ende der Wirtschaftskrise ihre volle Handlungsfreiheit vorbehalten.

SPD. Breslau, 2.Januar (Eig.Drahtb.)

Von der Hamburger Front ist in Niederschlesien nicht viel zu spüren. Vielmehr vermöbeln sich hier Nazis und Deutschnationale tagtäglich, dass es nur so hagelt. Der neueste Krach ist zur Zeit anlässlich der am 10.Januar stattfindenden Wahlen zur Landwirtschaftskammer in Breslau im Gange.

Die Nationalsozialisten haben wochenlang den gegenwärtig amtierenden Vorstand der Landwirtschaftskammer, der sich nur aus Anhängern der Landbundrichtung und Vertretern des Grossgrundbesitzes zusammensetzt, aufs rücksichtsloseste angegriffen. Dem Präsidenten der Kammer, von Bernuth, wird von Naziseite u.a. vorgeworfen, er habe minderwertiges Vieh aus eigenem Bestande zu teurem Preise an ein von der Kammer eingerichtetes Mustergut verkauft. Die Folge dieser Verdächtigungen werden mehrere Gerichtsverfahren sein, aus denen die Öffentlichkeit bald erfahren dürfte, ob die junkerlich-deutschnationale Bürokratie der Breslauer Landwirtschaftskammer wirklich saubere Westen hat oder nicht. Die politischen Konsequenzen der Fehde zwischen Nazis und Landbundleuten lassen sich noch nicht ganz übersehen. Eine gemeinsame Liste der beiden Gruppen wird kaum noch zustandekommen. Anscheinend ist auf beiden Seiten nach so viel Gehässigkeiten keine Neigung mehr für ein politisches Zusammengehen vorhanden. Ausserdem soll, wie jetzt berichtet wird, Hitler seiner niederschlesischen Gauleitung jedes Bündnis mit dem Landbund untersagt haben, obwohl sich Vertreter des niederschlesischen Landbundes in München bemühten, Hitler von der Zweckmässigkeit eines Zusammenwirkens zu überzeugen. Die Parteileitung der NSDAP hat demnach den Landbundleuten Schlesiens den Stuhl vor die Tür gesetzt.

Ausser den Nazis und dem Landbund werden der Bauernbund und der Bauernverein am 10.Januar mit eigenen Vorschlägen aufmarschieren, sodass der Kampf um die berufsständische Vertretung der niederschlesischen Landwirtschaft heftig werden wird. Er dürfte einen ersten Vorgeschmack auf die bevorstehenden politischen Wahlen liefern und zeigen, wie stark insbesondere die schlesische Bauernschaft bereits von dem faschistischen Gift ergriffen ist.

SPD. Paris, 2.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Verhandlungen zwischen Russland, Polen und Rumänien über den Abschluss von Nichtsangriffsverträgen veranlassen das schwerindustrielle "Journal des Débats", sich weiter gegen den geplanten französisch-russischen Nichtangriffspakt zu wenden.

Das Blatt schreibt, man hätte nach der Veröffentlichung des Vertragsentwurfs durch das "Echo de Paris" hoffen können, dass diese skandalöse Operation die man seit Monaten im Schatten vorbereite, aufgegeben würde. Das scheine leider nicht der Fall zu sein, denn die Verhandlungen seien im Dezember in Paris wieder aufgenommen worden. Um die französische öffentliche Meinung zu hindern, sich dem Abschluss eines zugleich unsinnigen und schamlosen Abkommens zu widersetzen, wolle man ihr weismachen, dass der Vertrag von den Nachbarländern Russlands gewünscht werden und dass Frankreich den osteuropäischen Staaten helfen müsse, ihre Beziehungen mit Russland auf friedlicher Grundlage zu regeln, um auf diese Weise ihre Sicherheit zu erhöhen. Die Rolle des Quai d'Orsay sollte nicht darin bestehen, Polen und Rumänien zu ermutigen, sich hintergehen zu lassen, sondern sie vor einem verderblichen Irrtum zu warnen. Aus Beweggründen, über die man nicht unterrichtet sei, wolle man die französische öffentliche Meinung vor eine vollendete Tatsache stellen.

SPD. Im nördlichen Niederschlesien verstärkt sich der nationalsozialistische Terror unausgesetzt. Das in Neusalz a.O. erscheinende sozialdemokratische Organ berichtet darüber aus Glogau und Umgegend:

"Seit Wochen sind Vorgänge beobachtet worden, die eine starke Beunruhi-

gung unter die Bevölkerung tragen. Im Zeichen des Uniform- und Abzeichenverbots ist es noch immer möglich, ungehindert in der Stadt in der Uniform des Jungsturms mit "Spaten" spazierenzugehen. Auch Patronen, dutzendweise als Dum-Dum-Geschosse hergerichtet, wurden gefunden. Ferner werden Nachtübungen der Nazis und verbotene Haussammlungen gemeldet. Die Ablösung der Wache im SA-Heim Glogau erfolgt mit Auto und Fahne. Auch der Stahlhelm marschierte dieser Tage geschlossen zu einer Werbeversammlung. Während einer Schlägerei zwischen Nazi und Gegnern kam nach dem Ertönen einer Trillerpfeife aus dem SA-Heim "Verstärkung". Sie beteiligte sich an der Schlägerei. In Altwasser fanden Kurse des Stahlhelms statt. Aus Hainbach und Gross-Gräditz kommen ebenfalls Meldungen über Nachtübungen. Aus Brostau wird gemeldet, dass in den letzten Tagen wieder ein Nazi-Trupp des Nachts geschlossen zur Uebung marschierte. In der Nacht gin ein Glogauer Bürger von der Brostauer Strasse durch die Schrebergärten nach der Rauschwitzer Strasse zu. Plötzlich hörte er den Ruf: "Halt! Stehen bleiben nicht weiter gehen bei Lebensgefahr!" Da er kein ängstliches Gemüt hat, ging er unverdrossen weiter. Noch zweimal ertönte der Ruf. Dann sah sich der Spaziergänger einer sich "als Wache" vorstellenden Gruppe von vier Mann mit geschulterten Spazierstöcken gegenüber. Sie wollten ihn hindern weiterzugehen. Nur sein energischer Protest gegen den wachthabenden Häuptling verschaffte ihm die Möglichkeit, den Heimweg fortzusetzen."

Und das alles im Zeichen der jüngsten Notverordnung!

SPD. Düsseldorf, 2.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Regierungspressestelle in Düsseldorf teilt zu dem bisherigen Auswirkun der kommunistischen Generalstreik-Parole folgendes mit :

"Durch die Zeitungen und in der Bevölkerung werden Nachrichten über grössere Putsch- und Streikabsichten der Kommunisten verbreitet, die unnötige Beunruhigung hervorgerufen haben. Zwar haben die Kommunisten entsprechende Parolen ausgegeben, die zuständigen Behörden haben aber rechtzeitig Vorbeugungsmassnahmen treffen können, um die Durchführung grösserer Aktionen zu verhindern. Der Sonnabendmorgen und der Montagmorgen waren als Beginn von Sabotageakten und Streiks angesetzt. Es sind am Sonnabend früh tatsächlich einige kleinere Störungen versucht worden, so in Essen bei einem Depot der Strassenbahn. Auf einigen Zechen fehlte am Sonnabend früh ein Teil der Arbeiter. Einige Streikpropagandisten wurden von der Grubenverwaltung fristlos entlassen. Indessen konnt überall die Arbeitswilligen unter polizeilichem Schutz ihrer Arbeit nachgehen. Im übrigen ist eine Reihe von Festnahmen im Laufe des Sonnabend vorgenommen worden wegen Verbreitung unangemeldeter Flugblätter, Anklebens hetzerischer Klebestreifen, Beschmierens von Wänden mit Streikparolen und wegen Gewaltanwendung gegen Arbeitswillige. Die Festgenommenen wurden wegen Hochverrats und Vergehens gegen die Notverordnung den zuständigen Gerichten zugeführt."

Auf der Zeche Bergmannsglück, im Ruhrgebiet, streikten am Sonnabend von 940 Mann der Morgenschicht 382. Auf den Pattbergschächten der Zeche Rheinpreussen sind von 425 Arbeitern 132 nicht eingefahren. In Mülheim a.Ruhr versuchten linksradikale Elemente, die Arbeitswilligen am Betreten ihrer Arbeitsstätte zu verhindern. Die Polizei nahm 100 Personen fest. Sie hatten zum Teil Flugblätter aufrührerischen Inhalts, Pfeffer sowie Hieb- und Stichwaffen in ihrem Besitz.

SPD. Aus Hessen wird von nationalsozialistischer Seite gemeldet, dass das vom Reichsgericht gegen den Verfasser der Boxheimer Dokumente Dr. Best eingeleitete Verfahren inzwischen eingestellt worden sei. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt bis jetzt nicht vor. Sie klingt jedoch angesichts der Ein-

stellung des Oberreichsanwalts zu der ganzen Affäre nicht unwahrscheinlich. Die Öffentlichkeit hat ein dringendes Interesse daran, dass der Sachverhalt schnellstens klargestellt wird.

SPD. Dresden, 2.Januar (Eig.Drahtb.)

Auf Anordnung der Dresdener Staatsanwaltschaft ist der Regierungsamtmann Schaale vom Dresdener Polizeipräsidium verhaftet worden, weil er im Verdacht steht, dass er sich von dem Pelzfabrikanten Richter durch Pelzgeschenke hat bestechen lassen. Richter ist auch in den Lieferungsskandal bei der Dresdener Strassenbahn verwickelt. Es scheint, dass er beim Polizeipräsidium ähnliche Geschäfte wie bei der Strassenbahn gemacht hat. Zwei Kollegen Schaales sind vorläufig vom Amt suspendiert worden.

SPD. Torgau, 2.Januar (Eig.Drahtb.)

Die hiesige Polizei entdeckte auf einer Wiese in der Nähe der Stadtgrenze ein Waffenlager, das aus einem Maschinengewehr, mehreren Gewehren, Karabinern sowie zahlreicher Munition bestand. Das Waffenlager ist nach den Ermittlungen der Polizei von Kommunisten angelegt worden. Bisher wurde auf Grund der Ermittlungen der Polizei ein Kommunist festgenommen.

SPD. Dresden, 2.Januar (Eig.Drahtb.)

Aus dem Pulverhaus eines bei Dresden gelegenen Steinbruchs wurden von Einbrechern 53 kg Sprengstoff gestohlen. Das Polizeipräsidium Dresden hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

SPD. Das Berliner Zentrumsblatt, die "Germania", schreibt zu der dieser Tage im Politisch-Historischen Verlag erschienenen Severing-Biographie des Ministerialdirektors Dr. Hans Menzel folgendes :

"Es ist ein, wenn man so sagen darf, menschlich geschriebenes Buch, aus dem insbesondere die Teile freundliche Neugier erwecken dürfte, die sich mit dem Charakter Severings, mit seinen nichtpolitischen Hoffnungen und Beschäftigungen in seiner Jugend und seinem ersten Menschenalter befassen. Hier wird mancher Wesenszug aufgezeichnet, der bisher weitesten Kreisen noch unbekannt geblieben sein dürfte, insbesondere seine sympathischen künstlerischen Neigungen. Die Abschnitte, die sich mit der Bekämpfung des Radikalismus bis zum Bielefelder Abkommen beschäftigen, sind von einer geradezu dramatischen Spannung und zeigen die staatsmännische Begabung dieses über seine Partei trotz aller Parteitreue längst hinausgewachsenen Mannes in besonders hellem Lichte.

Diese Worte haben umsomehr Gewicht als sie von einem politischen Gegner Severings stammen und in einer Zeit geschrieben wurden, die leider nur übelste Demagogie und Verhetzung kennt.

SPD. Rom, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Der rumänische Finanzminister ist zu einem offiziellen Besuch in Rom eingetroffen. Ausser handelspolitischen Fragen dürften während seines Aufenthaltes die Möglichkeiten einer stärkeren Garantie Italiens für Bessarabien, das in den bevorstehenden Verhandlungen zwischen Russland und Rumänien wegen eines Nichtangriffspaktes eine wichtige Rolle spielen dürfte, besprochen werden.

SPD. Hamburg, 2.Januar (Eig.Drahtb.)

Der Hamburger Senat hat der Öffentlichkeit eine Denkschrift über die Finanzlage Hamburgs übergeben. Danach betragen die Mindereinnahmen bei einem Etatvoranschlag für 1931 in Höhe von rund 430 Millionen RM zirka 58 Millionen Mark, denen Ersparnisse von 35,5 Millionen Mark gegenüberstehen. Das verbleibende Defizit vermindert sich durch die Massnahmen der vierten Notverordnung auf etwa 18 Millionen RM. Der Senat sieht keine Möglichkeit mehr, diesen Fehlbetrag durch Ersparnisse an persönlichen oder sachlichen Kosten zu decken.

Angesichts dieser Situation ist Hamburg auf die Hilfe des Reiches angewiesen, für die die Hamburger Landesregierung eine rechtliche Voraussetzung in den Belastungen Hamburgs mit den Zuschüssen zu dem Hamburger Hafen sieht, die für 1931 auf nicht weniger als 23 Millionen RM geschätzt werden. Hamburg hat deshalb auf Grund des Artikels 8 der Reichsverfassung und des § 58 des Finanzausgleichsgesetzes beim Reich die Uebernahme der Hafenzuschüsse auf die Reichskasse beantragt. Das Reichsausgleichsgesetz bestimmt in seinem § 58, das das Reich im Falle des Bedürfnisses zu den Kosten einer in ihrer Bedeutung sich auf das ganze Reichsgebiet oder auf einen grösseren Teil des Reiches erstreckenden wirtschaftlichen Unternehmung seines Landes einen Zuschuss zu leisten hat

---

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Die "Hexe" von Gibraltar.

Juanita mit dem bösen Blick - Als die Grossmutter starb. - Die Liebe des mutigen Fernandez.

SPD. Madrid, Ende Dezember (Eig.Ber.)

Was sonst nur Sensation des finstersten Mittelalters war, ist modernes Tagesgespräch geworden. Südspanien hat wieder eine "Hexe". Dass sie schön und jung ist, dass obendrein noch heisses Zigeunerblut in ihren Adern rollt, erhöht nur den Reiz des "geheimnisvollen" Vorfalles.

+

Juanita, ihr Familienname ist gar nicht bekannt, ist Magd bei einem Bauern. Eines Tages stirbt dem Bauern die Mutter. Man schiebt die Schuld auf die arme Dienstmagd, deren "bösen Blick" es gelungen sein soll, das unerwartete Ableben der Greisin verursacht zu haben. Mit Schimpf und Schande wird Juanita vom Hofe gejagt. In der ganzen Gegend gilt sie jetzt als eine Person, mit deren Beziehungen zu den überirdischen Mächten es nicht ganz geheuer ist.

Juanita führt nun ein unstets und flüchtiges Leben. Sobald sie sich, ihr schmales Bündel auf dem Rücken, einem Dorfe nähert, eilt lärmend die Jugend zusammen, wirft Steine auf das Mädchen, und schliesslich erscheint der Gemeindevorsteher und gibt unzweideutig zu erkennen, dass der Besuch dieses Gastes in seinem Dorfe nicht erwünscht sei.

Schliesslich findet sich aber doch in der Nähe von Gibraltar ein furchtloser Mann, der bereit ist, das arme verhetzte Wesen auf seinem Gute aufzunehmen. Juanita ist ihm eine treue Hausbesorgerin. Und trotzdem hat das Schicksal kein Einsehen und verfolgt Juanita auch weiterhin mit seinen boshaften Launen.

Ein Kind des Gutsbesitzers erkrankt und stirbt unter seltsamen Umständen. Der Gutsbesitzer weiss genau, dass die Zigeunerin Juanita keine Schuld an dem Todesfall trifft. Ein sonderbarer Zufall aber lässt einen zweiten geheimnisvollen Zwischenfall am Himmel dieser spanischen Tragödie erscheinen. In dem Stalle des Gutsbesitzers bricht über Nacht Feuer aus, das ganze Anwesen brennt ab. Und Juanita tut das Dümmste, was sie in diesem Falle hätte tun können. Da sie begreiflicherweise der Meinung ist, dass man sie der Brandstiftung beschuldigen würde, flüchtet sie noch in derselben Nacht, um dem Hass der übrigen Dorfbewohner zu entgehen.

Die Polizei sieht in dieser Tatsache den Beweis der Schuld des jungen Mädchens. Juanita wird steckbrieflich als Brandstifterin in allen Orten Südspaniens gesucht, aber - mehrere Wochen lang nicht aufgefunden. Indes hat sie - es klingt wie eine Sage - der junge Spanier Fernandez Consalez y Balba, Angehöriger eines alten Adelsgeschlechtes, bei sich aufgenommen: er hatte die Flüchtige eines Abends auf einer Landstrasse in der Nähe von Sevilla aufgegriffen und erkannt; Fernandez ist offenbar einer jener galanten Spanier, in denen noch die Devise des Kavaliers der alten Schule lebt: wenn zwei sich streiten, schütz' ich den Schwächeren!

Nur durch einen Zufall ist der Aufenthaltsort Juanitas bekannt geworden. Aber der spanische Adlige weigert sich, sie auszuliefern. Die Polizei besitzt auch keine Handhabe, um sich mit Gewalt der schönen Person zu bemächtigen. Die Volksstimmung Südspaniens ist auf das äusserste erregt, und schon mehrfach kam es zu Ueberfällen auf die einsam daliegende Villa, in der der mädchenfreund-

liche Fernandez seinen Schatz verbirgt. In den Zeitungen Sevillas liest man, dass der Spanier sogar beabsichtige, die verhasste "Hexe" zu heiraten. Natürlich wird dieser Schritt von allen missbilligt und es ist vorauszusehen, dass die sonderbare Affäre der verfolgten Zigeunerin noch den Stoff zu manchen Sensationen liefern wird, an denen sich die Volksmeinung erhitzt.

+ + +

Regelmässige Afrikaflüge. In nächster Zeit wird die englische Imperial-Luftfahrtgesellschaft einen regelmässigen Flugdienst zwischen London und Kapstadt eröffnen. Es wird die grösste Luftlinie der Welt sein. Zwei Jahre heroischer Pionierarbeit waren notwendig, um Afrika, den ehemals dunklen Erdteil, von einem Ende zum andern überfliegbar zu machen. Längs des Kontinents wurden 17 Radio- und meteorologische Stationen, 27 Flughäfen, 30 Zwischenlandungsplätze und eine Menge von Unterkunftshäusern gebaut. Die Fahrt wird mit Wasser- und Landflugzeugen in 11 Tagen durchgeführt werden. Das bedeutet eine Ersparnis von einer Woche gegenüber der Zeit, die der Dampfer braucht. Ausserdem sparen Reisende nach Innerafrika die lange Reise von der Küste ins Innere. Der Preis für eine Fahrt von London nach Kapstadt beträgt 130 englische Pfund gegen 90 Pfund in der ersten Schiffsklasse.

+ + +

Wiederaufbau des Stuttgarter Schlosses. Das württembergische Staatsministerium und der Oberbürgermeister von Stuttgart haben einen Aufruf zum Wiederaufbau des abgebrannten Alten Schlosses erlassen. In dem Aufruf heisst es, dass die württembergische Staatsregierung entschlossen sei, die Trümmer nicht dem Verfall und Untergang preiszugeben, sondern den kraftvollen Kern im Stadtbild zu erhalten und wiederherzustellen, soweit es mit der künftigen Verwendung des Baues in Einklang stehe. Zunächst sollen die Umfassungsmauern gesichert, ergänzt und durch Dächer geschützt werden. Die endgültige Entscheidung über die Art des Wiederaufbaues soll erfolgen, wenn die Brandstätte zugänglich geworden ist, der Umfang der Zerstörung festgestellt und das Gutachten der Sachverständigen eingeholt sein wird. Die württembergische Staatsregierung wendet sich an alle Württemberger und Freunde des Staates mit der Bitte, das vaterländische Werk trotz der schweren Notzeit nach Möglichkeit finanziell zu unterstützen.

+ + +

4 000 Grad Hitze! Von den beiden am amerikanischen Wilson-Observatorium tätigen Gelehrten Anderson und Porter wurde ein Riesenbbrennglas erbaut, mit dem man eine Rekordtemperatur von 4 000 Grad Celsius zu erreichen gedenkt. Das Brennglas, das aus 19 grossen und zahlreichen kleineren Linsen zusammengestellt ist, soll demnächst im Laboratorium des Technologischen Instituts in Pasadena (Kalifornien) aufgestellt werden. Das Instrument kann je nach dem Stande der Sonne gedreht werden. Zuerst werden Sonnenlicht und Sonnenwärme von den je 60 Zentimeter Durchmesser aufweisenden 19 Linsen absorbiert und dann durch einen Satz von 18 Spiegeln zum Zentrum des Apparates reflektiert. Bevor die einzelnen Strahlenbündel das Zentrum erreicht haben, passieren sie je eine kleinere Linse von je 15 Zentimeter Durchmesser, wodurch eine weitere Konzentration erreicht wird. Das dann durch die erste Zentrallinse geleitete Strahlenbündel wird ohne weitere Reflexion durch einen Spiegel direkt in die zweite Linse geführt. Insgesamt ist die Energie der Strahlen etwa 200 000-fach konzentriert.

+ + +

Steinzeit in 3 000 Meter Höhe. Der amerikanische Archäologe Gordon T. Bowles entdeckte in der chinesischen Provinz Szechwan in einer Höhe von etwa 3 000 m Ueberreste von Siedlungen, die offenbar aus der älteren Steinzeit herrühren. Bowles glaubte Spuren einer ehemals sehr hohen Kultur erkennen zu können.

Wirtschaft

Wirtschaftsfrieden?

Der Krieg zwischen Gläubiger= und Schuldnerländern.

SPD. Die Reichskredit A.-G., die Industriebank des Reiches, hat zur Jahreswende 1931/32 einen neuen Halbjahresbericht veröffentlicht. Der Bericht bringt wieder viel und auch gut geordnetes Zahlenmaterial zur deutschen und zur Weltwirtschaftskrise. Seine eigentliche Bedeutung liegt aber in dem Appell an die Kapitalmächte der Welt, den seit Mitte 1931 eingetretenen chaotischen Verhältnissen zwischen den Gläubiger= und Schuldnerländern der Welt durch Zusammenarbeit ein Ende zu machen, wozu auch die Verständigung über die Reparationen gehört.

Preise und Produktion haben sich, so heisst es in der Einleitung des Berichts, im Ablauf der Krise überall um ein Drittel und mehr vermindert. Das übergrosse Ausmass der internationalen und der binnenwirtschaftlichen Verschuldung haben aber, weil eine rechtzeitige Anpassung der Schuldenlasten an die veränderten Produktions= und Preisverhältnisse unterblieben ist, die weltwirtschaftlichen Spannungen ungeheuer vermehrt. Seit Mitte 1931 sei unter den Gläubigern der Welt eine Panik eingetreten, die einen allgemeinen Krieg der Gläubiger und Schuldner heraufbeschworen und damit für die internationale Verschuldung eine neue Lage geschaffen habe. Aber nicht nur das wirtschaftliche und politische Misstrauen in der Welt, sondern auch das Ausmass, in dem man wirtschaftliche und politische Verschuldungen für möglich gehalten habe, sei lebensgefährlich geworden. Es sei falsch, das Ausmass möglicher internationaler Kapitalverschuldung und internationaler Kapitalübertragung am Volkseinkommen und Volksvermögen, an Steueraufkommen und Steuerbelastungen oder an der Kapitalbildung und dergleichen zu messen. Zur internationalen Kapitalübertragung und -verschuldung könnten nur Spitzenbeträge der jeweiligen Kapitalbildung der einzelnen Länder herangezogen werden, und diese Beträge seien um so kleiner, je weniger die Zusammenarbeit der Völker aufrechterhalten bleibe und je mehr die gegenseitige Abschnürung der Volkswirtschaften Fortschritte macht. "Insbesondere das Reparationsverlangen hat sich an Ziffern geklammert, die ausserhalb jeder Erfahrung liegen, zu ihrer Stützung sind Masstäbe herangezogen worden, an denen die Fähigkeit zu internationalen Zahlungen nicht gemessen werden kann. Der Suggestion, die seit mehr als einem Jahrzehnt von diesen Ziffern und Berechnungen ausgeht, ist fast die ganze Welt zum Opfer gefallen."

Jetzt sei eine Ernüchterung eingetreten und diese Ernüchterung müsse die Umkehr erleichtern. Der Angelpunkt der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung sei darin zu erblicken, dass ein dauerhafter Friede zwischen Gläubiger und Schuldner hergestellt und die internationalen Zahlungen den Erfahrungen angepasst werden müssen, die man über die Fähigkeit zur Kapitalübertragung gemacht hat. Unter deutlichem Hinweis auf die Berliner Stillhalteverhandlungen und die kommende Reparationskonferenz wird dann gesagt: "Nur wenn Zahlungsweisen geschaffen werden, die weitere Kapitalabziehungen und die Angst vor ihnen beseitigen, kann sich die Unternehmungslust wieder hervorwagen, können die jetzt festliegenden Kapitalien wieder übertragbar gemacht werden, können die jetzt unbeschäftigten Menschen und Arbeitsstätten in aller Welt zum Austausch der Leistungen und damit zu nützlicher Tätigkeit gebracht werden."

Im vergangenen letzten Halbjahr habe, so wird an anderer Stelle des Be=

richts ausgeführt, die hemmungslose Politik des "Rette sich,wer kann" Schuldner und Gläubiger gleichermassen in Gefahr gebracht. Das von dem USA=Präsidenten Hoover angeregte Feierjahr habe zwar den offenen Ausbruch des Gläubiger=Schuldnerkrieges nicht mehr verhindern können,sei jedoch eine wichtige Voraussetzung für den zwischen Gläubigern und Schuldnern wieder herzustellenden Frieden. Die wirtschaftlichen Friedensverträge, die jetzt zu schliessen seien, dürften sich aber mit der Festlegung des Friedens allein nicht begnügen,sondern die getroffenen Vereinbarungen müssten zum Ausgangspunkt künftiger Zusammenarbeit werden. Für Gläubiger und Schuldner gelte es, die finanzielle Panik in solcher Weise beizulegen,dass die jährlichen Zahlungsverpflichtungen - gemeint sind wirtschaftliche und politische - jene Beträge nicht überschreiten, die übertragbar gemacht werden können.

Der Bericht schliesst mit einem Ausblick, in dem die Hemmungen aufgezeigt werden,die sich aus dem jetzt noch fortdauernden Gläubiger= und Schuldnerkrieg für die Besserung der Weltkonjunktur ergeben. Im Warenverkehr sei durch Preissenkung die Anpassung zwischen Kaufkraft und Produktion im allgemeinen erfolgt. Deutschland habe für das Inland auf dem Gebiete der Verschuldung noch eine besondere gesetzliche Anpassung durch Zinssenkung vorgenommen. Allgemein aber seien die Kosten neuer Kapitalbeschaffung und auch die Kosten neuer kurzfristiger Kredite der Krisenentwicklung nicht gefolgt und erheblich höher als jemals seit vielen Jahren. Da die Anpassung auf dem Kapitalmarkt fehle, sei auch eine Belebung des Warenaustausches unmöglich, die stets erst die Folge der ausreichenden Senkung des Kapitalpreises gewesen sei. Das Fehlen der endgültigen Anpassung auch der politischen Schuldenlast an die veränderte Lage müsse die wirtschaftliche Erholung weiter erschweren. Die Lehren des vergangenen Halbjahres seien auszunutzen.

Schliesslich werden in dem Bericht drei Hauptforderungen aufgestellt:der Gläubiger müsse dem Schuldner, der sich fähig gezeigt hat, seinen Betrieb den veränderten Wirtschaftsverhältnissen anzupassen,das Kapital zu vernünftigen Tilgungsbedingungen weiter überlassen. Der Schuldner müsse sich in seiner Verschuldung jene Beschränkung auferlegen, die notwendig sei, um auch im ungünstigsten Falle die erforderlichen Rückzahlungen zu leisten und in günstigeren Zeiten sie zu beschleunigen. Endlich müssten die Störungen der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit beseitigt werden,die aus den Reparationen erwachsen und bei ihrer Fortdauer immer erwachsen müssen.

SPD. Auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom Juli 1930 hat der Reichswirtschaftsminister am 31.Dezember durch Verordnung den Syndikatsvertrag des Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats für nichtig erklärt. Diese Verordnung tritt am 20.Januar 1932 in Kraft.

Das Auflösungsedikt des Reichswirtschaftsministeriums hat folgende Vorgeschichte: Seit langem herrschen im Revier des Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats auf dem Preisgebiet chaotische Zustände. Da die Werke im bisherigen Syndikatsvertrag keine Mengenquoten besassen, versuchten die in grosser Zahl vorhandenen Werkhandelsgesellschaften ihren Gruben durch Preisschleuderei zusätzliche Aufträge zuzuschanzen. Diese Art des Kundenfanges hatte besonders im sogenannten Landabsatz, der mit Lastwagen vor sich geht,überhand genommen, sodass der freie Handel gegen "diese Schmutzkonkurrenz" wiederholt beim Reichswirtschaftsministerium protestiert hatte. Die Auflösung des Syndikats ist nunmehr erfolgt, weil der Reichswirtschaftsminister den alten Vertrag beanstandet hat, da dieser seiner Meinung nach dem Kohlenwirtschaftsgesetz nicht entsprach, andererseits aber das Syndikat zu dem neuen Vertrage,den es seinen Mitgliedern vorgelegt hatte,nicht die notwendige Zustimmung von 90 % der Stimmen, sondern nur 69 % der Stimmen erhalten hat.

Die gegenwärtige Lage ist nun so, dass das Reichswirtschaftsministerium den neuen Vertrag dem Reichskohlenrat zur Beschlussfassung vorlegt. Danach wird sich der Reichswirtschaftsminister schlüssig werden, ob er die Errichtung eines Zwangssyndikats verfügt. Nach dem bisher vom Reichswirtschaftsministerium vertretenen Standpunkt ist damit jedoch kaum zu rechnen, vielmehr liegt ein syndikatsloser Zustand im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier eher im Bereich der Möglichkeiten. Da ein syndikatsloser Zustand in Mitteldeutschland aber zwangsläufig die übrigen Braunkohlensyndikate gefährdet, da die bisherigen Gebietsabkommen dann von den Mitteldeutschen Werken nicht mehr innegehalten werden, wird vermutlich von den übrigen Braunkohlengruppen auf einzelne Mitglieder des mitteldeutschen Syndikats ein Druck zur Annahme des neuen Vertrages ausgeübt werden.

SPD. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Dezember auf 130,4 gegenüber 131,9 im November; der Rückgang beträgt somit 1,1 v.H. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung und Bekleidung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,6 auf 119,9, für Bekleidung um 2,1 auf 129,1, für sonstigen Bedarf um 0,6 auf 180,5 Prozent. Die Indexziffer für Wohnung hat sich nicht verändert, die für Heizung und Beleuchtung ist mit 148,8 nahezu unverändert geblieben. In der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren, für Milch und Milcherzeugnisse sowie für Brot und Mehl gesunken, die Ausgaben für Gemüse aber gestiegen.

SPD. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine meldet für den Monat November einen wöchentlichen Durchschnittsumsatz pro Mitglied von 6,41 Mark gegenüber 6,45 Mark im Oktober des vergangenen Jahres und 8,40 Mark im November des Jahres 1930. Gegenüber dem vorhergehenden Jahre ist also ein zahlenmässiger Rückgang um 23,7 Prozent festzustellen, der grösstenteils auf die Preissenkung, in starkem Masse aber auch auf die kaufkraftmässige Verarmung der Mitglieder zurückzuführen ist. In den ersten neun Monaten des Jahres 1931 betrug der Umsatzrückgang bei den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes im ganzen nur 11,4 Prozent, was erkennen lässt, dass die Entwicklung des Wochenumsatzes für die Gesamtentwicklung des Verbandes nicht charakteristisch ist.

SPD. Zwischen dem Reich und der Dessauer Gasgesellschaft ist ein Vertrag geschlossen worden, nach dem die Dessauer Gasgesellschaft für ihre an Polen durch Liquidation verloren gegangenen Warschauer Gaswerke eine Gesamtentschädigung von 52 Millionen Mark erhält, die mit 5 Millionen Mark in bar und mit 47 Millionen Mark in 6=prozentigen Reichschuldbuchforderungen gemäss dem Kriegsschädenschlussgesetz ausgezahlt wird. Ein im Oktober 1929 gefällter Spruch des deutsch=polnischen gemischten Schiedsgerichtes hatte das Liquidationsrecht der Polen festgestellt, worauf die Dessauer Gasgesellschaft ihre Ansprüche gegen das Reich geltend mache. Gefordert wurde ein Betrag von 100 Millionen Mark. Ein Gutachten des bekannten Professors Schmalenbach lautete auf den Betrag von 61,5 Millionen; die Dessauer Gasgesellschaft hat jetzt, nichtzuletzt, weil sie auch Geld brauche, den Vertrag auf der Basis von 52 Millionen abgeschlossen.

Kleines Geschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 2.Jan.1932.)

SPD. Bei verhältnismässig geringem Besuch bot die erste Berliner Produktenbörse im neuen Jahre ein recht ruhiges Bild. Das Angebot hielt sich in engen Grenzen. Die Forderungen waren im grossen und ganzen kaum verändert. Nur für Weizen bestand am Promptmarkt einiges Interesse, sodass die Preise gut behauptet waren, Roggen sehr ruhig. Am Markte der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte war eine ähnliche Tendenz festzustellen. Die Weizenpreise zogen bis 0,50 Mark an, während die Roggennotierungen gegenüber der Vorbörse nur knapp behauptet waren. Grösseres Mehlgeschäft konnte sich gleichfalls nicht entwickeln. Auch Gerste und Hafer verharrten fast geschäftslos.

	31.Dez.	2.Jan.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	215 - 217	216 - 218
Roggen	185 - 187	185 - 187
Braugerste	151 - 164	151 - 164
Futter- und Industriegerste	148 - 150	148 - 150
Hafer	133 - 141	133 - 141
Weizenmehl	26,75 - 30,75	26,75 - 30,75
Roggenmehl	25,50 - 27,60	25,50 - 27,60
Weizenkleie	9,00 - 9,25	9,00 - 9,25
Roggenkleie	9,25 - 9,75	9,25 - 9,75.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte. Weizen März 239-239½ (Vortag 238½), Mai 247 plus Geld (246½). Roggen März 205½ (206), Mai 213½ plus Brief (213½). Hafer März 154¾ plus Brief (154½), Mai - (160).

Berliner Viehmarkt.

(2.1.32.)

SPD. Die Häufung der Feiertage hatte allgemein einen zu geringen Auftrieb zur Folge, sodass die Nachfrage nicht befriedigt werden konnte. Auf dem Rindermarkt waren die Preissteigerungen am geringsten; sie betrugen pro Pfund Lebendgewicht bei den geringwertigeren Sorten zwischen ein und zwei Pfennig. Auf dem Kälbermarkt übertraf die Nachfrage das Angebot erheblich; die Preise erhöhten sich um 5 bis 8 Pfennige. Auf dem Schweinemarkt führte das ebenfalls zu geringe Angebot zu Preissteigerungen zwischen 4 und 5 Pfennigen.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-), b)(240-300 Pfd.) 46-47 (42-43), c) (200-240 Pfd.) 45-46 (40-42), d) (160-200 Pfd.) 42-44 (38-40). e) (120-160 Pfd.) 39-40 (34-36), Sauen 40-41 (36-37). Schafe: b) 35-37 (33-35), c) 31-33 (28-31), d) 20-22 (18-20). Kälber: b) 50-57 (45-54), c) 32-48 (30-45), d) 20-30 (20-28). Kühe: a) 25-28 (23-26), b) 20-24 (18-22), c) 16-19 (15-18), d) 12-14 (11-14).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 2.Januar 1932: Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I.Qualität 105, II. 98, abfallende Sorten 88 RM. Tendenz: ruhig.

Gewerkschaftliche Rundschau

Das Weltgespenst.

SPD. Das Elend, das die kapitalistische Krise der letzten zwei Jahre über die Welt gebracht hat, kommt in den nüchternen Zahlen der Statistik mit aller Schärfe zum Ausdruck. Das Statistische Reichsamt hat in einer neuen Untersuchung über die internationale Arbeitslosigkeit festgestellt, dass dem Höhepunkt der Weltarbeitslosigkeit im vergangenen Winter nur eine geringe saisonmässige Entlastung bis zum Juni 1931 folgte. In einzelnen grossen Industrieländern wie in Grossbritannien und in den Vereinigten Staaten war die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes sogar so schwach, dass sie die verschärft auftretenden Krisenwirkungen nicht auffangen konnte. In diesen beiden Ländern trat daher bereits in dieser Zeit eine neue Belastung des Arbeitsmarktes ein.

Seit Mitte des Jahres 1931 trieb eine neue Welle der Wirtschaftsschrumpfung die Arbeitslosenziffer von neuem in die Höhe. Im Zusammenhang mit den Saisonentlassungen stieg die Gesamtzahl der statistisch erfassbaren Arbeitslosen in der Welt wieder auf den winterlichen Höhepunkt vom März 1931, nämlich auf 21 Millionen Erwerbslose. Bei vorsichtigster Schätzung dürfte bei der weiteren Verschärfung der Wirtschaftslage und der Einstellung der Aussenarbeiten die Arbeitslosigkeit in der Welt um die Jahreswende annähernd 24 Millionen Menschen umfassen.

Die grauenhafte Zuspitzung der seit 1929 tobenden Krise des Hochkapitalismus zeigt sich vor allem darin, dass Ende September die Zahl der Erwerbslosen gegenüber dem Vorjahr um mindestens 8 Millionen gestiegen war. Man muss bei diesen erschütternden Ziffern berücksichtigen, dass führende Wirtschaftsländer wie die Vereinigten Staaten keine Erwerbslosenstatistik führen und dass die Schätzungen des Statistischen Reichsamts eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sind. Für die grosse Unsicherheit, die in der Schätzung der amerikanischen Arbeitslosenarmee besteht, ist es bezeichnend, dass die Ziffern für den Oktober des letzten Jahres zwischen 6,2 Millionen und 12 Millionen Arbeitslosen schwanken.

In Deutschland war Ende September des vergangenen Jahres die Arbeitslosigkeit gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 45 Prozent gestiegen, in Grossbritannien um 32% und in den Vereinigten Staaten nach seinen eigenen Schätzungen um etwas mehr als in Deutschland. Für die Verschärfung des europäischen Krisenherdes ist es äusserst kennzeichnend, dass Länder, die bisher noch verhältnismässig wenig von der Wirtschaftskrise betroffen waren, ja zum Teil sogar 1930 noch reine Konjunkturinseln bildeten, wie zum Beispiel Frankreich, von einer sprunghaft in die Höhe schnellenden Arbeitslosigkeit überfallen wurden. So hatte sich Ende September im Vergleich zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres die Zahl der Versicherten Vollarbeitslosen in Belgien um 208% gesteigert; in der Schweiz um 70% und in der Tschechoslowakeium 108%.

In Frankreich ist eine förmliche Rekordsteigerung festzustellen, aber nur deshalb, weil dort die Arbeitslosigkeit erst im Jahre 1931 in schärferem Ausmasse einsetzte. Die vom französischen Arbeitsministerium soeben veröffentlichte amtliche Zahl der Arbeitslosen nach der Feststellung vom 26. Dezember, wonach in ganz Frankreich 147 009 Arbeitslose (daunter 29 013 Frauen) eingetragen waren, besagt über den wirklichen Tatbestand gar nichts. Das Ministerium schätzt die wirkliche Zahl der Arbeitslosen auf über 500 000. Schon im Herbst dürfte Frankreich jedoch bereits rund 3/4 Millionen Arbeitslose gehabt haben.

Seitdem ist diese Ziffer selbstverständlich weiter gestiegen. In der Woche nach der letzten Zählung vom 26.Dezember stieg die Zahl der Eingetragenen um rund 16 000. Aber auch eine Million Arbeitslose sind für Frankreich noch lange keine ernsthafte Bedrohung.

Schwer wütet die Krise auch im faschistischen Italien. Der "starke Arm des Duce" hat das Hochschnellen der Erwerbslosigkeit im Laufe eines Jahres auf das Doppelte nicht verhindern können. Wenn in Italien das Arbeitslosenproblem bis jetzt dem faschistischen System noch nicht gefährlich geworden ist, dann nur, weil im Süden die Natur dem Staat einen Teil der Sorge um die Arbeitslosen abnimmt. In Italien ist Arbeitslosigkeit für Tausende von Existenzen noch lange keine radikale Einkommensenkung. Die starke Berührung der Arbeiterschaft mit der Landwirtschaft, der Reichtum der Natur und das Klima mildern wesentlich die Sorgen um Nahrung und Obdach.

Abgesehen von den Vereinigten Staaten, haben sich auch in anderen überseeischen Ländern die Arbeitsmarktverhältnisse ausserordentlich verschlechtert. So stieg die Zahl der Arbeitslosen in Australien in der genannten Zeit um 34% auf rund 120 700, sodass etwa 13% sämtlicher Erwerbstätigen feiern müssen. In Neuseeland, das bisher von der Krise ziemlich verschont geblieben war, hat sich die Arbeitslosigkeit seit dem Herbst 1930 um mehr als das Siebenfache gesteigert.

Der Rückgang der Frühjahrsentlastung, der in den neuen statistischen Erhebungen festgestellt wird, ist in allen Ländern festzustellen. Die Ursache dafür liegt im Vordringen der Maschine auf dem landwirtschaftlichen Gebiet. Wir haben auch eine Schrumpfung des landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes. Dem Rückgang der Frühjahrsentlastung steht natürlich auch ein schwächerer Anstieg der Saisonarbeitslosenziffer im Herbst gegenüber.

Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen war der Prozentsatz der Arbeitslosen Ende September am höchsten in den Vereinigten Staaten mit etwa 18 bis 20%; an zweiter Stelle folgt Grossbritannien mit 13,8%, an dritter Stelle steht der Australische Bund mit 13,2% und dicht danach an vierter Stelle steht Deutschland, wo zu dem genannten Stichtag 13,1% der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitslos waren.

Am 21.Dezember betrug in Grossbritannien die Zahl der Arbeitslosen 2 506 710, d.h. 65 883 weniger als am Ende der vorhergehenden Woche und um 98 348 mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Ein Rückgang der Arbeitslosenziffer ist in England seit dem Eintreten der Pfundbaisse festzustellen. Der durch Inflation herbeigeführte Rückgang der Arbeitslosigkeit ist jedoch, wie wir in Deutschland zur Genüge wissen, nur eine scheinbare Besserung. Keine Inflation kann ewig dauern. Sobald sie zu Ende geht, folgt der bittere Nachgeschmack in einem neuen Anstieg der durch Inflationsexport eine zeitlang künstlich zurückgedämmten Arbeitslosigkeit.

SPD. Die Barlöhne der schlesischen Landarbeiter wurden gemäss den Bestimmungen der Notverordnung durch Entscheidung des Schlichters ab 1.Januar 1932 um 15 v.H. gekürzt. Die Deputatbezüge bleiben unverändert.

Die Lohnherabsetzung für die privaten Forstarbeiter beträgt unter Berücksichtigung der schon voraus gegangenen Kürzungen 7,5 v.H., für die Staatsforstarbeiter 10 v.H.

SPD. Das Verlagshaus der "Pommerschen Tagespost" in Stettin, des deutschnationalen Hauptblattes in Pommern, ist am 1. Januar in den Besitz der Stettiner Arbeiterorganisationen übergegangen. Der Kaufpreis beträgt rund 400 000 Mark, während die Errichtung des Baues, der in Stettin in bevorzugter Lage an der Hakenterrasse liegt, seinerzeit etwa 1,1 Millionen Mark kostete, die fast restlos aus der Landwirtschaft aufgebracht werden mussten. Das Verlagshaus soll zu einem Volkshaus umgewandelt werden.

Die Marxistentöter der Verlagsgesellschaft der Pommerschen Tagespost, deren Aufsichtsratsvorsitzender der deutschnationale Abgeordnete des preussischen Landtags und Landbundvorsitzende von Rohr-Demmin, ein bekannter Sozialreaktionär, ist, haben also an die Stettiner Marxisten ein deutschnationales Haus verkauft! Vor Jahren haben dieselben deutschnationalen Kreise unter Führung desselben Herrn von Rohr einen grossen Sturm entfesselt, als ein anderer Hausbesitzer den freien Gewerkschaften ein Grundstück verkaufen wollte.

Sicherlich werden nun die Marxistentöter mit Pharisäermiene erklären, der Verkauf sei ein Zeichen dafür, wie schlecht es den armen Landbündlern gehe und wie gut es den Arbeiterorganisationen geht. In Wirklichkeit ist der Verkauf aber nur ein Beweis dafür, dass bei den Gewerkschaften etwas vorsichtiger gewirtschaftet wird als bei den ostelbischen Landbundgrössen, die sich vom Staat durchfüttern lassen. Jedenfalls - auch das ersieht man aus dem Stettiner Vorgang - pfeifen die freien Gewerkschaften noch lange nicht auf dem letzten Loch, wie die Gesinnungsgenossen der ostelbischen Grossagrarier, die Herren von der Schwerindustrie, tagtäglich durch die Hitlerpresse der Oeffentlichkeit einreden möchten.

SPD. Die Tarifparteien der Textilindustrie von West- und Mittelsachsen sowie von Ostthüringen haben sich dahin geeinigt, dass der Lohnstand vom Januar 1927 wieder hergestellt wird. Dabei müssten die seit jener Zeit durch Spruch oder Vereinbarung durchgeführten Regelungen im Tarifsystem berücksichtigt werden.

SPD. Die freie niederländische Gewerkschaftsbewegung hat sich in der Krise bis jetzt sehr gut gehalten. Während in früheren Krisenzeiten stets die Mitgliederziffer zurückging, wurde im vergangenen Jahr die Zahl von 300 000 Mitgliedern überschritten und damit der höchste Stand des gewerkschaftlichen Konjunkturjahres 1919 noch um 50 000 Mitglieder übertroffen. Dieser organisatorische Erfolg tritt noch stärker in Erscheinung, wenn man sich vergegenwärtigt, dass im Jahre 1925 am Ende der grossen Nachkriegskrise die Mitgliederzahl auf etwa 180 000 gesunken war.

Mitgliederzunahme haben auch die konfessionellen Gewerkschaftszentralen zu verzeichnen, aber in nicht so starkem Umfang. Die syndikalistische Bewegung ist nach wie vor bedeutungslos, ebenso die von den Kommunisten gestützte Rote Gewerkschaftsopposition.

Auf dem Gebiete der Lohn- und Sozialpolitik mussten die Gewerkschaften auch in Holland sich im vergangenen Jahr auf die Behauptung des Errungenen einstellen, und auch das war naturgemäss in der Krise eine schwere Aufgabe. Das gesamte Unternehmertum ging in der zweiten Jahreshälfte zu einer allgemeinen Offensive gegen das Lebensniveau der niederländischen Arbeiter über. Es fand dabei Unterstützung auf Seiten der Regierung durch den Kreditdruck auf die Grossgemeinden. Der Lohnabbau in den Gemeinden soll den Abbau in der Privatindustrie in Bewegung bringen. In der Metallindustrie musste ein Lohnabbau um 5% in Kauf genommen werden. Trotz der durch die Not der Zeit erzwungenen Zugeständnisse konnte sich die niederländische Gewerkschaftsbewegung auch in ihrer jetzigen Abwehrstellung behaupten.

SPD. Das polnische Aussenministerium hat der Deutschen Gesandtschaft in Warschau die Liste der neuen polnischen Einfuhrerschwerungen übersandt. Wenn die polnische Regierung zugleich erklärt, dass die jetzt verfügten Massnahmen nur provisorischen und vorübergehenden Charakter trügen und Ausnahmen in der Richtung der Kontingentierung gemacht werden könnten, so werden die nächsten Folgen für den deutschen Export nach Polen doch ziemlich ernst sein. Die neuen Einfuhrverbote dürften sich annähernd auf ein Drittel der letztjährigen deutschen Einfuhr nach Polen erstrecken. Das für 200 Positionen des polnischen Tarifsystems ab 1. Januar eingeführte Einfuhrverbot wirkt sich zwar sehr verschieden aus, einzelne Positionen werden jedoch sehr stark betroffen. Das gilt besonders für elektrische Maschinen und Apparate, die zu 50%, für Metallbearbeitungsmaschinen, die zu rund 70%, für Handwerkszeug, das zu rund 60% bisher über die deutsche Grenze kam, und auch für Papier, das etwa zur Hälfte aus Deutschland eingeführt worden ist.

SPD. Der Güterverkehr der Reichsbahn zeigte im November gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres einen Rückgang von 11,74 %, und gegenüber November 1929 sogar von 26,18 %. Der Personenverkehr ist ebenfalls weiter gesunken. Die Einnahmen zeigen mit 290,01 Millionen einen bisher noch nicht verzeichneten Tiefstand; der Einnahmeausfall im Personen- und Gepäckverkehr beträgt gegenüber November 1930: 19,7 und gegenüber November 1929: 25,4 Prozent; beim Güterverkehr liegt eine Einnahmesenkung um 17,9 bezw. 38,7 Prozent vor. Die Gesamtausgaben betrugen 384,55 Millionen. Sie sind durch die Einnahmen nicht entfernt gedeckt. Die seit Beginn des Jahres 1931 durch Betriebseinnahmen nicht gedeckten Ausgaben betrugen Ende November 401 Millionen Mark. Gegenüber Oktober war im November die Beschätigtenzahl von 675 681 auf 663 463 Personen verringert.

SPD. Im Dezember wurden 1150 Konkurse (gegen 1183 im November) und 848 Vergleichsverfahren (gegen 896) gemeldet. Im Jahre 1931 betrug die Konkursziffer insgesamt 13,304; die Zahl der Vergleichfsverfahren betrug 8 268. Die Gesamtzahl der Insolvenzen lag 1931 um etwa 15 % höher als 1930.

SPD. Die am 31. Dezember 1931 abgelaufene Zeichnungsfrist für die steuerfreie Reichsbahnanleihe ist bis zum 1. Februar 1932 verlängert worden.

SPD. Im November vergangenen Jahres ist der Umlauf an festverzinslichen Wertpapieren weiter zurückgegangen. Gegenüber Oktober ergab sich bei Pfandbriefen ein Rückgang von 9 820 auf 9 785 und bei kommunalen Schuldverschreibungen ein Rückgang von 2 728 auf 2 725 Millionen Mark. Der Rückfluss von Anleihestücken hat also die Neuausgabe wie schon in den vorhergehenden Monaten übertroffen.